



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

April / Mai 2016



Liebe Leserinnen und Leser,

die Wahlerfolge von Rechtspopulisten und extremen Nationalisten in Österreich, Frankreich, Mittel- und Osteuropa und bei den Vorwahlen in den USA zeugen von einer tiefen Verunsicherung in der Bevölkerung. Viele Menschen fühlen sich von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und misstrauen zunehmend dem demokratischen System und den politischen Parteien. Wie konnte es dazu kommen? Wieso haben Pegida, AfD, FPÖ, UKIP und "Front National" augenscheinlich zunehmend leichtes Spiel?

Ich bin der Meinung, dass sich unsere demokratische Streit-, Diskussions-, und Kompromisskultur nicht in allen Regionen Deutschlands und Europas vollständig etabliert hat. Viele Menschen misstrauen aufgrund negativer persönlicher Erfahrungen in der Vergangenheit "den Politikern" an sich und fordern einfache Antworten auf komplexe Fragestellungen.

Dieses Bedürfnis ist nachvollziehbar und verständlich, taugt aber nicht als Antwort auf die komplizierten Fragen, die die Globalisierung und die Vernetzung der Welt an uns richten. Globalisierung lässt sich nicht stoppen, selbst wenn sie manchem unheimlich anmutet. Genauso wenig kann man von der Erdkugel fordern, dass sie aufhöre sich zu drehen. Vielmehr ist es unsere einzige Chance und Aufgabe, die Globalisierung mitzugestalten. Wir müssen gemeinsame Standards setzen, sonst werden in Zukunft andere Kontinente über uns entscheiden.

Das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA ist hierfür ein gutes Beispiel. Deutschland hat wie kein anderes Land von der Globalisierung und vom grenzenlosen Europa profitiert. Doch gerade in Deutschland sind die Bedenken gegen TTIP besonders groß. Es für mich außer Frage, dass zuerst die Bedenken und Ängste der Menschen ernst genommen werden müssen. Dann kann man Stück für Stück Aufklärung betreiben. Das setzt aber auch die Bereitschaft von allen Seiten voraus, sich mit schwierigen Themen auseinanderzusetzen und sich gegenseitig unaufgeregt zuzuhören. Z.B. wurde bei TTIP, teilweise zu Recht, der Mangel an Transparenz kritisiert, was zur Offenlegung des Verhandlungsmandats führte. Das bedeutet aber nicht, dass jede einzelne Verhandlungsposition und Verhandlungsstrategie im Internet offengelegt werden muss. Bei Verhandlungen auf nationaler

Ebene ist das auch nicht so, z.B. bei Tarifverhandlungen. Das Europäische Parlament (EP) hatte schon vor der Offenlegung eine intensive parlamentarische Begleitung der einzelnen Verhandlungskapitel durchgesetzt.

Dass bei einigen Menschen trotzdem bei TTIP ein Gefühl der Verunsicherung bleibt, hat auch mit gezielten Kampagnen und Falschinformationen im Internet zu tun, die sich mit einzelnen "Klicks" unterstützen lassen. Schnell braut sich da ein Sturm im Wasserglas zusammen, ohne dass sich der einzelne "User" ausreichend über einzelne Inhalte informiert. Die unglaublichen Möglichkeiten einer Informationsrecherche im Internet werden nicht für eine ehrliche Auseinandersetzung für die politischen Zukunftsthemen genutzt, sondern führen häufig zu einer Verrohung der Debattenkultur und zu ungehemmter Aggressivität. Da wird z.B. behauptet, unsere europäischen Standards bei Sicherheits-, Umwelts-, oder Gesundheitsvorschriften ständen zur Disposition.

Dagegen kann ich mich nur entschieden verwehren und wiederholen, dass alle führenden EU-Verhandlungsführer und Europaabgeordneten immer betont haben, dass es niemals eine Einigung geben werde, die unsere Standards aufweichen könnte. Die nun von Greenpeace veröffentlichten "geheimen" Informationen zum Verhandlungsstand stellen keine Verhandlungsergebnisse dar, sondern lediglich Verhandlungspositionen. Positionen der US-Amerikaner und Europäer, die unterschiedlich sind, die aber schon lange bekannt waren. Ich rate also vor Panikmache. Das EP hat die bisherigen Verhandlungen z.B. bei Thema Schiedsgerichte oder Transparenz positiv beeinflusst.

Gerade bei schwierigen Themen sollten immer verschiedene Informationsquellen zu Rate gezogen werden! Daher informiere ich schon seit vielen Monaten kontinuierlich über den Fortgang der TTIP-Verhandlungen auf meiner Webseite, Facebook, im Radio und auf unterschiedlichen Veranstaltungen in Schleswig-Holstein. Jeder Interessierte kann sich hier völlig offen über den Fortgang der Verhandlungen informieren und mit mir diskutieren. Bei Rückfragen gehe ich individuell auf jede Fragestellung und Anregung ein.

Mit freundlichen Grüßen
Reimer Böge

Ausgewählte Themen in Straßburg/ Brüssel:

1.) Europatag am 9. Mai: Europa zum Anfassen

Die EU feiert jährlich am 9. Mai den Europatag. Auch in Deutschland stand dieses Jahr Europa rund um den 9. Mai mit zahlreichen Veranstaltungen im Mittelpunkt. Am 9. Mai hielt der damalige französische Außenminister Robert Schuman in Paris eine Rede, in der er seine Vision einer neuen Art der politischen Zusammenarbeit in Europa vorstellte – sie gilt als Grundstein der europäischen Integration. 1985 wurde der 9. Mai zum Europatag erklärt und gibt damit Anlass, die europäischen Errungenschaften zu feiern. So wurde zum Beispiel in Berlin der "Blaue Bär" 2016 verliehen, mit dem beispielhafte Berliner Initiativen, Projekte und Personen gewürdigt werden, die mit ihrem überwiegend ehrenamtlichen Engagement in unterschiedlichsten Gesellschafts- und Politikbereichen zum Zusammenwachsen Europas und seiner Menschen beitragen und sich für die Werte Europas einsetzen. In München wurde der Europatag mit einem bunten Kinder-, Jugend- und Familienprogramm auf dem Marienplatz gefeiert.

2.) "Europa in meiner Region" – EU-geförderte Projekte öffnen ihre Türen

Die EU-Kommission hat eine Kampagne gestartet, mit der Bürger mehr über EU-finanzierte Projekte in ihrer Nähe erfahren können. Den ganzen Mai hindurch öffnen EU-geförderte Projekte in ganz Europa ihre Türen. Außerdem veranstaltet die EU-Kommission einen Fotowettbewerb, prämiert die besten Blogger-Beiträge und lädt ein zu einer Online-Schatzsuche. Mehr als 20 EU-Länder nehmen an den europaweiten offenen EU-Projekttagen "Europa in meiner Region" teil. Den ganzen Mai hindurch präsentieren Begünstigte EU-kofinanzierter Projekte den Bürgern ihre Ergebnisse. Auf einer interaktiven Veranstaltungskarte sehen Sie, wann und wo Sie mehr über Projekte in Ihrem Land erfahren können:

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/communication/inform-network/map/

3.) Unternehmen: Parlament begrüßt EU-weiten Austausch von Steuerinformationen

Das Parlament hat den Kommissionsvorschlag über den automatischen Austausch von Steuerinformationen zwischen den Mitgliedstaaten als einen "positiven Schritt im Kampf gegen aggressive Körperschaftssteuerplanung" begrüßt. In dem am Donnerstag verabschiedeten Bericht forderten die Abgeordneten zudem, weitere Sicherheitsgarantien in den Gesetzestext einzufügen, um zu gewährleisten, dass der Wettbewerb im Binnenmarkt nicht durch Steuerabkommen zugunsten multinationaler Unternehmen verzerrt wird.

Der Bericht des polnischen EVP-Abgeordneten Dariusz Rosati wurde mit 567 Stimmen angenommen, bei 30 Gegenstimmen und 53 Enthaltungen. Er enthält die Empfehlungen des Parlaments an die EU-Mitgliedsstaaten, die im Rat einstimmig über den Vorschlag der Kommission entscheiden müssen.

Der Vorschlag würde multinationale Unternehmensgruppen mit einem Gesamtumsatz von mindestens 750 Millionen Euro dazu verpflichten, länderbezogene Berichte anzufertigen, die in dem Mitgliedstaat vorgelegt werden müssen, in dem die oberste Muttergesellschaft einer multinationalen Unternehmensgruppe steuerlich ansässig ist. Der betreffende Mitgliedstaat übermittelt diesen Bericht dann an jeden anderen Mitgliedstaat, in dem die Unternehmensgruppe tätig ist.

Zu den für jedes einzelne Land anzugebenden Informationen zählen Erträge, Gewinne, gezahlte Steuern, Kapital, Einkünfte, materielle Vermögenswerte und die Anzahl der Beschäftigten.

"Dieser erste Gesetzesvorschlag des Kommissionspakets zur Bekämpfung der Steuervermeidung ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen unfaire Steuerpraktiken in der EU. So kann die Transparenz erhöht und schädlicher Steuerwettbewerb verringert werden. Alleine, auf nationalstaatlicher Ebene, können die EU-Mitglieder das nicht erreichen, es erfordert gemeinsames Handeln. Wenn dies nun auch wirklich angenommen wird, sollte die Kommission in den Informationsaustausch mit einbezogen werden", sagte der Berichterstatter Rosati.

Uneingeschränkter Zugang für die Kommission

Die Abgeordneten bestehen darauf, dass die Kommission uneingeschränkten Zugang zu den ausgetauschten Informationen haben sollte, um zu bewerten, ob die Praktiken der Mitgliedstaaten im Einklang mit den EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen stehen. Dies ist besonders wichtig für KMU, die nur in einem Land tätig sind. Diese zahlen gewöhnlich "einen effektiven Steuersatz, der deutlich näher an den Regelsätzen liegt als der, den multinationale Unternehmensgruppen entrichten". "Inländischen Unternehmen sollten keine Nachteile aus ihrer Größe oder dem Umstand entstehen, dass sie nicht grenzübergreifend tätig sind", so der Text.

Sanktionen

In der Richtlinie wird eine Frist von zwölf Monaten nach Ablauf des Steuerjahres für die Vorlage der Berichte und von drei zusätzlichen Monaten für den automatischen Informationsaustausch festgelegt. Damit die Pflicht zur Berichterstattung durchgesetzt werden kann, fordern die Abgeordneten, dass die Mitgliedstaaten Sanktionen gegen multinationale Unternehmen einführen, die der Pflicht nicht nachkommen.

Die nächsten Schritte

Die EU-Länder haben sich am 8. März auf einen vorläufigen Standpunkt geeinigt, unter Vorbehalt der Empfehlungen des Parlaments und der Billigung der nationalen Parlamente. Der Rat der EU muss die Entscheidung auf einer der nächsten Sitzungen formell annehmen.

4.) Marktwirtschaftsstatus für China: EU-Jobs und fairen Wettbewerb schützen

Solange China die für den Marktwirtschaftsstatus geltenden fünf EU-Kriterien nicht erfüllt hat, dürfen die Einfuhren aus dem Land nicht nach der WTO-Standardmethode behandelt werden, fordert das Parlament in einer am 12.05.2016 verabschiedeten Entschließung. Zur Feststellung der Vergleichbarkeit der Kosten und Preise in Antidumping- und Antisubventionsuntersuchungen solle vielmehr ein alternatives Instrument angewendet werden, um fairen Wettbewerb und EU-Arbeitsplätze besser zu schützen. Bei jeder Entscheidung darüber, wie man mit Einfuhren aus China verfahren soll, müsse jedoch sichergestellt werden, dass das EU-Recht im Einklang mit den WTO-Regeln steht, und insbesondere mit dem Beitrittsprotokoll für China, das Spielraum für eine Veränderung des Status des Landes nach dem 11.12.2016 bietet

In der mit 546 Stimmen, bei 28 Gegenstimmen und 77 Enthaltungen angenommenen Entschließung fordern die Abgeordneten die Kommission auf, einen Vorschlag zu unterbreiten, der diesem Grundsatz Rechnung trägt. Das Parlament verlangt vom Verhandlungsteam der Kommission, die Bedenken von Unternehmen, Gewerkschaften und anderen Interessenträgern in der EU hinsichtlich der Konsequenzen für EU-Arbeitsplätze, die Umwelt und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ernst zu nehmen. Überkapazitäten in China haben bereits "schwerwiegende soziale, wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen in der EU", so die Abgeordneten, die insbesondere die jüngsten schädlichen Folgen für die Stahlindustrie anführen.

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass 56 der 73 Antidumpingmaßnahmen, die in der EU derzeit gelten, für Einfuhren aus China Anwendung finden. Sie unterstreichen allerdings erneut die Bedeutung der Partnerschaft der EU mit China. Die EU sei der wichtigste Handelspartner Chinas, mit einem Handelsvolumen von weit über einer Milliarde Euro pro Tag. Der chinesische Markt ist "die Hauptquelle der Rentabilität einiger Unternehmen und Handelsmarken der EU", so das Parlament. Das Parlament spricht sich klar dagegen aus, dass "China einseitig der Marktwirtschaftsstatus gewährt wird". Die Kommission solle sich hingegen mit den wichtigsten Handelspartnern, auch auf den bevorstehenden G7- und G20-Gipfeltreffen, über eine gemeinsame Interpretation der WTO-Regeln abstimmen. Die Abgeordneten betonen, dass "dringend" eine allgemeine Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU notwendig ist, und fordern den Rat auf, bezüglich der Modernisierung dieser Instrumente die Blockadehaltung aufzugeben und eine rasche Einigung mit dem Parlament anzustreben, das seine Position bereits 2014 festgelegt hat.

Sollte die EU-Kommission vorschlagen, China als Marktwirtschaft anzuerkennen, müsste das Parlament zustimmen (Mitentscheidung mit dem Rat). In einer Plenardebatte über den Umgang mit Einfuhren aus China nach dem 11.12.2016, die vor kurzem stattgefunden hat, hat EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis vor den Abgeordneten angekündigt, dass neue Vorschriften, die ein robustes Handelsschutzsystem enthalten und im Einklang mit WTO-Regeln stehen, in Vorbereitung sind, und noch "vor der Sommerpause" vorgestellt würden.

5.) Korruption

Deutschland steht im weltweiten Vergleich nach dem aktuellen Korruptionsindex mit Platz 10 von 168 Ländern gut da. Der von der Antikorruptionsorganisation Transparency erstellte Index 2015 setzt sich aus verschiedenen Expertenbefragungen zusammen und misst die in Wirtschaft, Politik und Verwaltung wahrgenommene Korruption. Deutschland erreicht auf einer Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption) 81 Punkte.

In der EU liegt Deutschland damit gemeinsam mit Großbritannien und Luxemburg auf dem 5. Platz; unter den G20 Staaten liegt Deutschland mit Großbritannien hinter Kanada auf dem 2. Platz. Spitzenreiter in dem internationalen Korruptionsranking sind Dänemark (91 Punkte), Finnland (90) und Schweden (89). Deutschland hat sich im Vergleich zum Index 2014 um 2 Punkte und 2 Rangplätze verbessert. Ursache hierfür ist u.a., dass die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert, die Bestechung von Mandatsträgern strafrechtlich verschärft und eine Karenzzeit für Politiker in hohen Regierungsbüros gesetzlich festgelegt wurden. Im November 2015 ist das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption in Kraft getreten. Schließlich wird z.Zt. im Bundestag ein Gesetzentwurf zur Korruption im Gesundheitswesen beraten (BT Drs. 18/6446).

Im Februar 2014 hat die Kommission einen 1.Korruptionsbekämpfungsbericht vorgelegt, der in einer 2. Auflage für 2016 angekündigt worden ist. Nach dem Bericht vom 03.02.2014 kostet die Korruption die EU-Wirtschaft jedes Jahr rund 120 Mrd. €. Im Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung gehört Deutschland laut Bericht „zu den erfolgreichsten Ländern der EU“.

6.) Fast alle Schüler im Sekundarbereich I (98,6%) erlernen mindestens eine Fremdsprache und 60% zwei oder mehr Fremdsprachen. Nach einer Veröffentlichung von Eurostat vom 01.02.2016 ist Englisch die am häufigsten erlernte Fremdsprache im Sekundarbereich I (97,3%), gefolgt von Französisch (33,7%), Deutsch (23,1%) und Spanisch (13,1%). Deutsch, das in Luxemburg von allen Schülern erlernt wird, nimmt in acht Mitgliedstaaten die zweite Stelle ein, wobei Dänemark (73,6%), Polen (69,0%) und die Slowakei (55,2%) die höchsten Anteile verzeichnen.

Es gibt aber erhebliche Kompetenzdefizite, wenn es um Fremdsprachenkenntnisse in der Praxis geht. Nach einer Erhebung vom 21.06.2012 klaffen Wunsch und Realität weit auseinander. Tests bei Schülerinnen und Schülern im Teenageralter in 14 europäischen Ländern haben 2012 gezeigt, dass nur 42 % ihre erste Fremdsprache wirklich beherrschen, bei der zweiten Fremdsprache sind dies nur 25 %. Ein signifikanter Anteil erreicht nicht einmal das Niveau „Grundkenntnisse“, nämlich 14 % bei der ersten Fremdsprache und 20 % bei der zweiten. Deutsch bleibt die am weitesten verbreitete Muttersprache in der EU (16 %), gefolgt von Italienisch und Englisch (je 13 %), Französisch (12 %) und Spanisch und Polnisch (je 8 %). Nach einer Kommissionsmeldung erlernen Kinder in Europa die Fremdsprachen immer früher. In der Regel sind die Kinder zwischen sechs und neun Jahre alt, wenn sie ihre erste Fremdsprache lernen, so auch in Deutschland. In manchen Ländern wird dieser Unterricht bereits in der Vorschule erteilt.



Bild 1:

Die CDU/CSU-Gruppe zum Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Berlin. Ein offenes und gutes Treffen - hauptsächlich zur Flüchtlingsfrage.

(Foto: Bundesregierung/Steffen Kugler)

7.) Gruppenfreistellungsverordnung

Die Gewährung von Beihilfen für Häfen, Flughäfen und Maßnahmen im Kulturbereich soll vereinfacht werden. Das sieht ein Entwurf zur Änderung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung vor. Dabei geht es um Investitionsbeihilfen für Seehäfen sowie für Regionalflyer mit bis zu 3 Millionen Passagieren im Jahr. Diese Maßnahmen sollen künftig von der inhaltlich und zeitlich aufwändigen Anmeldungs- und Genehmigungspflicht bei der EU-Kommission freigestellt werden. Mit dem Wegfall der Notifizierungspflicht können dann Beihilfen für Hafen- und Flughafeninfrastrukturen rascher und kostengünstiger umgesetzt werden.

Ferner ist beabsichtigt, die Anmeldeschwellen für Beihilfen für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes auf 75 Mio. EUR pro Unternehmen und Jahr, bzw. 150 Mio. EUR pro Projekt anzuheben, da davon ausgegangen wird, dass derartige Beihilfen nur geringfügige negative Auswirkungen auf den Wettbewerb haben. Die Konsultation läuft bis zum 30. Mai 2016.

8.) Polizeizusammenarbeit: Parlament rüstet Europol für Kampf gegen Terror auf

Die EU-Polizeibehörde Europol wird bald ihre Maßnahmen gegen Terrorismus, Internet-Kriminalität und andere Straftaten intensivieren sowie schneller auf Bedrohungen reagieren können. Das sehen die neuen Regeln vor, die außerdem mit erhöhtem Datenschutz und einer parlamentarischen Kontrolle einhergehen.

Mit den geplanten Vorschriften, auf die sich Parlament und Rat in informellen Verhandlungen im November letzten Jahres geeinigt hatten, soll der Auftrag von Europol auf grenzüberschreitende Kriminalität und die Terrorismusbekämpfung ausgeweitet werden. Die neue Verordnung würde es Europol leichter machen, spezialisierte Einheiten einzurichten, um unverzüglich auf sich abzeichnende Bedrohungen reagieren zu können. Die Regeln schließen auch klare Bestimmungen für bestehende Einheiten wie das Europäische Zentrum zur Terrorismusbekämpfung ein, das am 1. Januar 2016 seine Arbeit aufgenommen hat. "Die neuen Vorschriften für Europol sind ein starkes Instrument, um die Sicherheit für EU-Bürger zu verbessern" sagte Berichterstatter Agustín Díaz de Mera (EVP, ES).

In einigen Fällen wird Europol auch unmittelbar Informationen mit privaten Einrichtungen wie Unternehmen oder Nichtregierungsorganisationen austauschen können, um schneller zu arbeiten. Zum Beispiel könnte Europol's Meldestelle für Internetinhalte mit sozialen Medien wie Facebook direkt kooperieren, und etwa verlangen, dass eine vom IS betriebene Webseite gelöscht wird, damit die Verbreitung terroristischer Propaganda schneller gestoppt werden kann. Zur Vermeidung von Informationslücken bei der Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Terrorismus sehen die neuen Bestimmungen vor, dass die EU-Länder Europol alle nötigen Informationen zukommen lassen. Um einen solchen Informationsaustausch anzuregen, wird Europol jährlich dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und nationalen Parlamenten über die erhaltenen Informationen Bericht erstatten müssen.

Die Abgeordneten haben dafür Sorge getragen, dass die neuen Befugnisse mit einem erhöhten Datenschutz und einer parlamentarischen Kontrolle einhergehen. Der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) ist fortan dafür verantwortlich, die Tätigkeit von Europol zu überwachen, und es wird ein eindeutiges Beschwerdeverfahren gemäß EU-Rechtsvorschriften für die Bürger geben. Zur Gewährleistung einer demokratischen Kontrolle wird die Tätigkeit von Europol von einem gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschuss überwacht, der sich aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zusammensetzt. Die Verordnung wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten und ab dem 01.05.2017 wirksam sein.

9.) Ausschreibungen - Übersetzungsservice

Es gibt einen kostenlosen Online-Maschinenübersetzungsdienst für EU-weite Öffentliche Auftragsvergaben. Mit diesem auf der Webseite Tenders Electronic Daily (TED) angebotenen Service sollen vor allem Sprachbarrieren bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) überwunden und die Teilnahme an grenzüberschreitenden Ausschreibungen erleichtert werden. TED (Tenders Electronic Daily) ist die Online-Version des „Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union“ für das europäische öffentliche Auftragswesen.

10.) Investitionsvorhabenportal (EIPP)

Es gibt eine zentrale Informationsplattform, auf der EU-Investitionsprojekte ausgewiesen werden. Die zentrale Informationsplattform EIPP, die auf Wunsch von Investoren eingerichtet worden ist, will ein Treffpunkt zwischen Projektträgern und Investoren sein. Hier werden Investitionsprojekte mit mindestens 10 Mio. EUR Gesamtkosten öffentlich gemacht und Einblick in europaweite Projekte ermöglicht. Vor allem soll die Plattform dazu dienen, potenzielle Investoren aus der ganzen Welt anzulocken. Anleger auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten auf Gebieten wie Energieeffizienz, Verkehr, Gesundheit, erneuerbare Energien, Breitbandinfrastruktur oder Finanzierung von KMU finden auf dem EIPP ein breites Spektrum an soliden Projekten.



Bild 2:

Reimer Böge auf der Veranstaltung „Rotes Sofa“ der IHK Lübeck: "Die Flüchtlingskrise hat die Defizite im gemeinsamen Handeln der EU-Staaten offenbart: die meisten Mitgliedstaaten waren zu weit von der im EU-Vertrag festgeschriebenen Verpflichtung zu Solidarität und fairen Lastenteilung entfernt. Die Europäische Union der Bürger und der Staaten muss daher neu begründet werden! In Zeiten einer immer stärkeren Globalisierung kann es nur gemeinsame Antworten auf die globalen Herausforderungen geben. Nur durch gemeinsames Handeln und durch Zusammenarbeit lässt sich die Zukunft politisch und wirtschaftlich erfolgreich gestalten. Es geht um die Selbstbehauptung der EU im 'globalen Dorf'."

(Foto: Olaf Malzahn)

Pressemitteilungen:

1.) Reimer Böge zu dem von "Greenpeace" veröffentlichten Verhandlungsstand des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP)

„Zu dem von "Greenpeace" veröffentlichten Verhandlungsstand des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP) erklärt der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge: "Manche Schlagzeilen, die Greenpeace heute mit seiner Veröffentlichung von Dokumenten aus den laufenden Verhandlungen zu TTIP losgetreten hat, sind ein Sturm im Wasserglas! Ich verurteile diese Vorgehensweise ausdrücklich, weil hier wieder einmal – wie so oft von Greenpeace- unnötige Ängste in der Bevölkerung geschürt werden. So wird der Eindruck erweckt, die Papiere würden ein Verhandlungsergebnis wiedergeben. Dem ist aber nicht so! Die Papiere legen lediglich die Verhandlungspositionen beider Seiten dar. Verhandlungspositionen sind aber noch kein Verhandlungsergebnis!

Zu vielen Punkten gibt es eben noch keine Einigung und die amerikanischen Positionen spiegeln den derzeitigen Stand der US-Gesetzgebung sowie die bekannten Interessen der US-Unternehmen wider. Das ist alles nichts Neues und die amerikanischen Forderungen sind seit langem bekannt. Ebenso die EU-Positionen, die ein hohes Verbraucherschutzniveau anstreben, was ausdrücklich zu unterstützen ist. Es wird durch TTIP keine Absenkung europäischer Standards geben, sonst versenken wir Abgeordneten TTIP.

Kein EU-Handelsabkommen wird das Schutzniveau für Verbraucher und Umwelt oder bei der Lebensmittelsicherheit absenken und Handelsabkommen ändern auch nicht unsere Gesetze zu gentechnisch veränderten Organismen. Und kein Handelsabkommen wird unsere Fähigkeit einschränken, künftig neue Regeln zum Schutz unserer Bürger oder Umwelt zu erlassen. Das bedeutet, jedes EU-Handelsabkommen kann Regulierung nur ändern, indem es sie stärker macht!

Die Verhandlungen laufen mindestens noch bis Jahresende und bis zu einem möglichen Abkommen ist es noch ein weiter Weg. Eine Einigung um jeden Preis wird es nicht geben. Beide Seiten werden weiter hart verhandeln. Eine mögliche Einigung muss positive Wirkungen für beide Partner haben und Referenzstandards für andere Handelsabkommen weltweit setzen können.

Abschließend möchte ich auch noch auf zwei Punkte hinweisen:

1. Die EU-Kommission hat seit dem vergangenen Jahr die EU-Verhandlungstexte für TTIP veröffentlicht. Die Positionen der EU sind somit bekannt und nicht neu.
2. Die Verhandlungen werden auf der Grundlage eines Mandats geführt, das der Kommission von den EU-Mitgliedstaaten erteilt wurde und in dem die Verhandlungsziele und die sogenannten roten Linien klar und deutlich formuliert sind. Das Europäische Parlament hat seine Haltung im Juli 2014 verdeutlicht und dabei viele dieser Grundsätze bekräftigt.“



Bild 3:

Reimer Böge traf den EVP-Parteivorsitzenden und langjährigen EVP-Fraktionsvorsitzenden Joseph Daul zu einem intensiven Meinungsaustausch. Besprochen wurden die finanziellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise an den europäischen Gemeinschaftshaushalt. Beide Politiker waren sich einig, von den Mitgliedstaaten eine bessere Zahlungsmoral bei den neuen Instrumenten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise einzufordern.

(Foto: EVP-Pressestelle)

2.) Reimer Böge fordert Landesregierung zur Nutzung von EU-Fördergeldern für Projekte zur Flüchtlingsintegration auf

"Die Integration der Flüchtlinge eröffnet Schleswig-Holstein mittelfristig große Chancen auf nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Zunächst bedarf es allerdings erheblicher Anstrengungen, um die mit der Integration einhergehenden Herausforderungen zu bewältigen. Bereits heute gibt es im Land viele ehrenamtliche Projekte, die dringend finanzielle Unterstützung benötigen. Die Landesregierung sollte daher auch einen Teil der EU-Fördergelder nutzen, um die notwendige Finanzierung bereitzustellen", fordert der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete und Haushaltsexperte Reimer Böge.

Böge beruft sich auf die Klarstellung der EU-Kommission, wonach EU-Mittel zur Regionalförderung und zur ländlichen Entwicklung für Integrationsprojekten genutzt werden können: "Bereits im vergangenen Herbst hat die zuständige Regionalkommissarin Corina Cretu in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf die Möglichkeit der Umwidmung von EU-Fördergeldern zur Finanzierung von Flüchtlingsprojekten hingewiesen. Gestern hat die Kommissarin in einem Interview mit der Welt ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Regionen bei den nötigen Programmänderungen erneut bekräftigt. Ich begrüße die Flexibilität der Kommission in dieser außergewöhnlichen Situation ausdrücklich. Damit stehen über die vom Europaparlament für 2015/16 bereits bewilligten 9,2 Milliarden Euro hinaus beträchtliche EU-Haushaltsmittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zur Verfügung. Angesichts der im Zeitraum 2014-2020 verfügbaren 700 Millionen EUR bestehen auch in Schleswig-Holstein durchaus Spielräume. Anders als andere Bundesländer hat die Landesregierung jedoch bisher kaum Gebrauch von dieser Finanzierungsmöglichkeit gemacht."

Zu den Folgen der Umprogrammierung für bestehende und geplante Projekte sagt Böge abschließend: "Die Umsetzung von Zukunftsprojekten im Land darf durch die Umwidmung der Fördergelder nicht in Frage gestellt werden. Allerdings wird man sich von einigen geplanten Lieblingsprojekten verabschieden müssen, die keinen nennenswerten Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten."

3.) Abschluss der CETA-Verhandlungen: Umfassendes Abkommen mit modernem Investitionsschutz wird europäischen Wohlstand nachhaltig stärken

Zum bekanntgegebenen Abschluss der 18-monatigen formaljuristischen Prüfung des kanadisch-europäischen umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) sagte der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge: "Die sechsjährigen Verhandlungen zwischen der EU und Kanada haben sich gelohnt: das bisher umfassendste von der EU geschlossene Handelsabkommen ist modern und ausgewogen. Es wird der europäischen Wirtschaft jährliche Zuwächse von bis zu 11,6 Mrd. EUR bringen, von denen insbesondere der Mittelstand profitieren wird. Der Verhandlungsabschluss erfüllt alle vom Europäischen Parlament angelegten Anforderungen und nimmt damit Modellcharakter für künftige Abkommen wie das geplante TTIP-Abkommen mit den USA ein. Damit sich die Vorteile schnell entfalten können, sollte CETA nun zügig vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten ratifiziert werden."

Böge zufolge stützen die nachträglich zu den politischen Verhandlungen vorgenommenen Änderungen im Investitionsschutzkapitel den europäischen Reformansatz: "Die Nachbesserungen im bereits zuvor fortschrittlichen Investitionsschutzkapitel entsprechen den Kernpunkten des neuen EU-Ansatzes im Bereich Investitionen, welchen die Kommission auch für das TTIP-Abkommen mit den USA verfolgt. Durch den Wechsel von fallbezogenen Tribunalen hin zu einem institutionalisierten und ständigen Gericht mit Berufungsinstanz werden die Verfahren transparenter und fairer. Zudem wurden die Bestimmungen zum staatlichen Regulierungsrecht weiter gestärkt und die Auswahlverfahren der Gerichtsangehörigen geändert, die jetzt noch präzisere ethische Voraussetzungen erfüllen müssen. Damit wurden die Hauptforderungen der Kritiker erfüllt. Die Zusage Kanadas, die EU bei ihrer Forderung nach einem permanenten multilateralen Gerichtshof zu unterstützen, belegt die Modellfähigkeit des EU-Reformansatzes."

Gerichtet an Kritiker, welche weiterhin befürchten, dass CETA Gefahren für Europa bergen könnte, sagte Böge abschließend: "Ich bin überzeugt, dass das Abkommen in seiner jetzigen Form beiden Seiten großen Nutzen bringen kann. Sollte sich jedoch nachträglich herausstellen, dass sich aus einzelnen Bestimmungen ungewünschte Nebeneffekte ergeben oder Regelungslücken bestehen, so ist eine Überprüfung und anschließende Nachbesserung in beiderseitigem Einvernehmen ebenso wie die einseitige Kündigung des Abkommens möglich."



Bild 4:

CDU-Generalsekretär Peter Tauber zu Gast in der CDU/CSU-Gruppe.

Die Abgeordneten sprachen über die Terroranschläge von Paris und warnen vor einer Vorverurteilung von Flüchtlingen und Menschen, die in ihren Heimatländern Schreckliches durchgemacht haben und nun Schutz und Hilfe suchten. Als weiteres Thema wurde der Bundesparteitag besprochen.

(Foto: EVP-Pressestelle)

Terminauswahl:

05.04.2016	Sitzung des Koordinierungskreises der CDU/CSU-Gruppe, Brüssel
05.05.2016	EVP-Treffen zur "Eurozonen-Kapazität", Brüssel
05.04.2016	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
06.04.2016	EVP-Fraktionssitzung, Brüssel
07.04.2016	EIB-Treffen: "Vorteile des 'Juncker-Fonds' (EFSI) für die EU", Brüssel
11.04.2016	Sondersitzung des Haushaltsausschusses zu den Haushaltsleitlinien 2017, Straßburg
12.04.2016	Plenardebatte zu der Lage Mittelmeerraum und die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration, Straßburg
12.04.2016	Treffen mit "offizieller Besuchergruppe", Straßburg
15.04.2016	Sprecher beim Workshop des Delors-Instituts zur "Wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU", Berlin
19.04.2016	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
20.04.2016	Treffen mit Repräsentanten des Europäischen Forschungsrats (ERC), Brüssel
20.04.2016	Vorbereitungssitzung der "Monitoring-Gruppe zu Zentralamerika und Kuba", Brüssel
20.04.2016	Sitzung des Außenhandelsausschusses, Brüssel
21.04.2016	Sprecher bei BDI-Veranstaltung zur EU-Wirtschafts- und Währungsunion, Brüssel
25.04.2016	Leitung der "Monitoring-Gruppe zu Zentralamerika und Kuba", Brüssel
25.-26.04.2016	22te Sitzung des gemischten parlamentarischen Ausschusses EU-Chile, Brüssel
25.04.2016	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
26.04.2016	Gemeinsamer Austausch des EP-Haushalts- und des Wirtschaftsausschusses zum zweiten Arbeitsdokument zum "Eurozonenbudget", Brüssel
27.04.2016	Treffen mit Parlamentspräsidenten Schulz, Brüssel
27.04.2016	Gespräch mit Barbara Pesce-Monteiro (UN-Leiterin, Brüssel), Brüssel
27.04.2016	Konferenz mit dem maronitischen Patriarchen Kardinal Rahi, Brüssel
27.-28.04.2016	Miniplenarsitzung, Brüssel
29.04.2016	Sprecher bei der Koordinierungsrunde Haushalt und Finanzen, Berlin
02.05.2016	Schülergespräch Elsa-Brändström-Schule, Elmshorn
02.05.2016	Interview mit NDR1 Welle Nord zu TTIP, Kiel
03.05.2016	Sitzung des Koordinierungskreises der CDU/CSU-Gruppe, Brüssel
09.-12.05.2016	Plenarwoche, Straßburg
09.05.2016	Gespräche mit Bundestag und Bundesregierung zum Eurozonenbudget, Berlin
10.05.2016	Sitzung der CDU/CSU-Gruppe mit Kommissar Oettinger, Straßburg
10.05.2016	Plenaraussprache: Marktwirtschaftsstatus China, Straßburg
11.05.2016	EP-Infoseminar für westfranzösische Journalisten, Straßburg
13.05.2016	Schülergespräch Herderschule Rendsburg, Rendsburg-Eckernförde
17.05.2016	Gespräche mit französischem Parlament und Regierung zum Eurozonenbudget, Paris
18.05.2016	Gespräche mit italienischem Parlament und Regierung zum Eurozonenbudget, Rom
23.-26. Mai	EP-Ausschuss- und Fraktionssitzungen, EP-Miniplenarsitzung, Brüssel

Für weitere Informationen:
<http://www.reimerboege.de>
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>
<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:
Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:
Peter Steven
Tel: 00322/ 2837326
Fax: 00322/ 2849326
Email:reimer.boege@ep.europa.eu
Internet: <http://www.reimerboege.de>